



70. Festversammlung der Max-Planck-Gesellschaft

Rede des Präsidenten Martin Stratmann

27. Juni 2019

Fischauktionshalle in Hamburg-Altona

– *Es gilt das gesprochene Wort* –

Sehr verehrte Gäste,

nach dem Ausgang der Europawahlen titelte die NY Times: *Reasons for Hope and Concern*. Hope, weil es nicht so schlimm kam wie gedacht und die Wahlbeteiligung deutlich höher war als in der jüngeren Vergangenheit. Concern, weil jene, die an Europas Wohlergehen wenig Interesse zeigen, zugelegt haben; weil Fragmentierung und Polarisierung die europäische Politik derzeit bestimmen, und schließlich: weil die Unterschiede im Abstimmungsverhalten zwischen den verschiedenen Teilen Europas nie größer waren als heute.

Auch einige der renommiertesten Wissenschaftsmagazine blickten in diesen Wochen gespannt auf den Kontinent. Nature entschied sich für die Schlagzeile: *The European dream*. Der Artikel zeichnet auf eindrückliche Weise nach, wie sehr unsere herausragenden Forschungszentren und Universitäten mit ihrer überragenden Forschungsfreiheit, ihrer kulturellen Vielfalt und ihren Karrieremöglichkeiten einen Magneten für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus aller Welt darstellen.

Beide Zukunftsbilder stehen nebeneinander: das der Sorge und das der Hoffnung.

Europas Forschung steht für Letzteres und hat in den Wochen vor der Wahl nochmals einen kräftigen Schub erfahren. Ich zitiere eine andere markante Überschrift von Nature: *EU science - the next €100 billion*. Das Europäische Parlament hat sich sehr engagiert gezeigt. Mit der Kommission und dem Rat wurde eine Teilvereinbarung erzielt, die alle bisherigen Forschungsrahmenprogramme erneut übertrifft. 100 Mrd. Euro aus dem EU-Budget sollen im Zeitraum zwischen 2021-2027 für Forschung ausgegeben werden. Zum Vergleich: das aktuelle Programm beläuft sich auf ca. 77 Mrd. Euro. Ein beeindruckendes Ergebnis, bedenkt man die doch sehr unterschiedlichen Interessen innerhalb der EU.

Parallel kamen in Deutschland vor wenigen Wochen die Paktverhandlungen mit Bund und Ländern zu einem überwältigenden Ergebnis: Allein den außeruniversitären Forschungsorganisationen werden in den kommenden 10 Jahren insgesamt über 120 Mrd. € zur Verfügung gestellt. Dies ist verbunden mit einer Planungssicherheit für die MPG bis 2030 bei einem jährlichen Aufwuchs von 3% pro Jahr, insgesamt also einem Aufwuchs von rund 34%.



Für mich zeigt das: Europa ist entschlossen, seine Zukunft zu gestalten - trotz aller Schwierigkeiten im Detail. Dies ist keineswegs selbstverständlich, aber doch recht konsequent, wie ein Blick in die Geschichte zeigt.

Im Zuge der Integration nach 1945 wurde Wissenschaft früh als ein Bestandteil gemeinsamer europäischer Politik gesehen. Dabei war die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit von Beginn an ein zentrales Anliegen. Der Anfang war ganz klein: gemeinsame Forschung auf den Gebieten Stahl und Eisen sowie Euratom mit dem Fokus auf Kernenergie als Technologie der Zukunft. Daneben verständigte man sich auf intergouvernementale Organisationen wie das CERN, das EMBL, die ESO oder die ESA. Sie sind herausragende Aushängeschilder europäischer Forschung und sichtbare Anziehungspunkte für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt.

Konzepte für einen gemeinsamen Forschungsraum wurden dann ab den 1970er Jahren entwickelt. 1984 war es soweit: das erste Forschungsrahmenprogramm nahm seine Arbeit auf. Das Ziel war klar: die Technologielücken zu den USA und Japan schließen, die europäische Industrie stärken! Es war übrigens das Jahr, in dem François Mitterrand und Helmut Kohl sich in Verdun die Hand reichten. 1987 folgte dann ein einzigartiges und bis heute enorm erfolgreiches Programm: Erasmus, das Auslandsaufenthalte an Universitäten – und mittlerweile auch darüber hinaus – fördert.

Ein weiterer großer Schritt erfolgte 2000 mit der Schaffung des Europäischen Forschungsraums, welcher 2007 formal im Vertrag von Lissabon verankert wurde. Damit wurde die Förderung von Wissenschaft und Technologie als eigenständiges Ziel europäischer Politik definiert. Zu den erfolgreichsten Instrumenten des Forschungsraumes - und seines Rahmenprogramms - gehört seitdem der ERC: Ein personenzentriertes Programm zur Förderung exzellenter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der ERC genießt weltweit Sichtbarkeit und Anerkennung.

Wenn wir das alles reflektieren, liebe Gäste: Ist das nicht eine ganz außergewöhnliche Erfolgsstory für einen Staatenbund?

Die Europäische Union bietet heute einen Forschungsraum, wie es ihn weder in unserer Geschichte noch in der eines anderen Kontinents jemals gab; getragen von 28 EU-Mitgliedsstaaten bietet er eine Vernetzung mit weiteren Nationen, die sich den Rahmenprogrammen assoziieren können – und dazu: Dieser Forschungsraum ist offen für die ganze Welt!

Jeder kann sich auf einen ERC-Grant bewerben und damit an einer Forschungsorganisation seiner Wahl in Europa arbeiten, Studierende können sich unkompliziert innerhalb Europas bewegen – gefördert von Erasmus. Für Forschende öffnen sich Karrierechancen, die ein Land allein nie bieten könnte. Stabile Wissenschafts-Netzwerke können sich auf solider finanzieller und rechtlicher Basis bilden, mit klaren Rahmenbedingungen, mit gleichen ethischen Standards. Das ermöglicht es, große Forschungsprojekte zu stemmen und auf herausragende Infrastrukturen zurückzugreifen.



Und ein Weiteres, nämlich die signifikante Hebelwirkung der EU-Förderung darf man nicht vergessen: Wenngleich auf das laufende EU-Rahmenprogramm Horizon 2020 weniger als 10% der gesamten öffentlichen FuE-Ausgaben in der EU entfallen, gehen gesamtwirtschaftliche Modelle davon aus, dass das Programm sozioökonomisch betrachtet bis zum Jahr 2030 eine Wirkung in der Größenordnung von 600 Mrd. € entfalten und zur Schaffung von 179.000 Arbeitsplätzen führen wird. 4/5 der bisher durchgeführten Projekte im Programm wären ohne das Rahmenprogramm übrigens nicht zustande gekommen. Das gilt insbesondere für wirtschaftlich schwache Länder der EU - meist solche, die auch über eine unzureichende Forschungskapazität verfügen.

Daran anknüpfend, komme ich zu meiner 1. These:

Der Europäische Forschungsraum ist ein Zukunftsversprechen. Er ist eine Verantwortungsgemeinschaft, welche nach dem Prinzip der Subsidiarität die Vielfalt und Leistungsfähigkeit der europäischen Forschung stärkt und die Vernetzung fördert. Er gibt Entwicklungsperspektiven und ermöglicht den Menschen in Europa ein Leben in Wohlstand.

Natürlich ist die Entwicklung des Europäischen Forschungs-raumes nicht frei von Risiken. Ich nenne drei:

1. Die schiere Komplexität des Raumes und das ihn tragende Regelwerk.

Das kann zu aufgeblasener Bürokratie, zu langsameren Entscheidungen im Vergleich zu Wettbewerbern und zu einer Vereinheitlichung von Vorgaben führen, die wissenschaftsfeindlich sind. Ich denke nicht zuletzt an die jüngste Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes über Crispr/CAS-9 Gen-editierte Pflanzen. Mutationen, die die natürlichen Mutageneseprozesse nachahmen und transgen-freie Pflanzen mit nützlichen Eigenschaften produzieren, fallen demnach unter die strengen Auflagen der Freisetzungsrichtlinie.

Die Entscheidung macht Feldstudien und Nutzpflanzenzüchtungen, die die Vorteile der Genom-Editierung nutzen, in Deutschland praktisch unmöglich und wird sich negativ auf die Innovation in ganz Europa auswirken. Der EuGH hat hier konservativ entschieden, jedoch muss sich die Kritik primär an das Europäische Parlament richten. Es liegt an ihm, einen neuen Entwurf auf den Weg zu bringen, um die Gesetzgebung der Entwicklung der Biotechnologie bzw. der gerichtete Mutagenese anzupassen.

2. Risiko: Der Europäische Forschungsraum stimuliert Mobilität, die innerhalb Europas zu einem brain drain statt einer brain circulation führen kann:

Unterschiede zwischen Mitgliedsstaaten verfestigen sich und werden größer - mit gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Eine Mitursache liegt darin, dass einige Mitgliedstaaten europäische Forschungsmittel nicht subsidiär einsetzen, sondern eigene finanzielle und strukturelle Anstrengungen vernachlässigen.



3. Und zuletzt: Wissenschaft ändert sich rasend schnell. Rahmenprogramm-Pläne allein können dem nicht folgen.

Ein Beispiel sind hier die Computer Sciences, die künstliche Intelligenz, das maschinelle Lernen; Gebiete, die eng mit der Erzeugung und Bereitstellung großer Datenmengen in Verbindung stehen. Hier fehlt es an großen und schnellen, bottom-up getriebenen Initiativen, die vielleicht wichtiger sind als manches lokale Programm auf Länderebene.

Meine 2. These also:

Trotz seiner großen Leistungsfähigkeit ist Europa als komplexes Gebilde volatil; angreifbar durch zersetzende Kräfte von innen und außen. Eine Herausforderung für Europa insgesamt ist und bleibt das Leistungsgefälle – auch und gerade in der Wissenschaft. Wir brauchen eine Stärkung des Forschungsraums in allen Regionen durch Konsens und den Willen, auf Herausforderungen rasch und flexibel zu reagieren.

Wie soll es weitergehen?

Zunächst gilt es, bewusst auf europäische Stärken zu setzen. Das ist zuvorderst: unsere Freiheit! Das heißt: die Möglichkeit, auch und gerade in der Wissenschaft frei und verantwortungsbewusst jene Themen zu bearbeiten, die aus Sicht der Wissenschaft besonders relevant sind. Die Charta der EU-Grundrechte sagt es sehr klar in Artikel 13: „Kunst und Forschung sind frei. Die akademische Freiheit wird geachtet.“

Dieses Forschungsverständnis lebt auch vom offenen Austausch mit der ganzen Welt! Und das müssen wir erhalten: Wir müssen uns auch in Zukunft der Welt öffnen, gerade was den Europäischen Forschungsraum angeht, und nicht verschließen. Europa hat von Offenheit immer profitiert.

Und: Wir müssen Europas Potentiale besser bündeln. Ich plädiere für eine europäische Initiative zur künstlichen Intelligenz und unterstütze die sogenannte ELLIS-Initiative namhafter europäischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf diesem Gebiet. Das Ziel: zügig eine dem EMBL nachempfundene, hochrangige und vielleicht auch intergouvernementale Einrichtung schaffen, die sich der internationalen Konkurrenz wirklich stellen kann! Ich halte dieses Vorhaben für zeitkritisch.

Es ist im Interesse von uns allen und muss unser Ziel sein, das Auseinanderdriften Europas auch auf dem Gebiet der Wissenschaft zu verhindern. Das erfordert neben klugen europäischen Programmen auch Eigeninitiativen auf Ebene von Staaten oder einzelnen Forschungsinstitutionen. Auf meine Initiative hat die Max-Planck-Gesellschaft ein neues Programm aufgelegt. Der Name: Dioscuri. Das Ziel: wissenschaftliche Leuchttürme in Mittel-, Ost- und Südosteuropa etablieren. Mit Hilfe des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der polnischen Regierung können wir die ersten zwei Dioscuri-Zentren im Herbst in Polen eröffnen. Weitere sollen – auch in anderen Ländern – folgen.



Last but not least: Wir alle müssen mit einem wahrscheinlich kommenden Brexit verantwortlich umgehen. Dies gilt sowohl für Großbritannien als auch für uns, da ein Ausscheiden Großbritanniens aus dem Forschungsraum uns alle nachhaltig schädigen würde. Bei dieser Frage geht es nicht einfach um finanzielle Ressourcen. Es geht vielmehr darum, die Qualität des Europäischen Forschungsraumes gemeinsam mit Großbritannien auf hohem Niveau zu erhalten.

Meine dritte These daher:

Zwischen einem zunehmend isolationistischen Amerika und einem aggressiv-expansiven China sollte Europa selbstbewusst auf seine Stärken setzen: Werthaltigkeit, Freiheit, Offenheit! Gleichzeitig müssen wir uns verbessern: reaktionsschneller werden und mutige Entscheidungen treffen, die sich zu einer gemeinsamen Verantwortung für unser Europa bekennen – Stichwort ELLIS oder auch Dioscuri!

Ich freue mich, gleich mit unseren Gästen über diese und andere Thesen diskutieren zu können.